

## Niederschrift

### zur 47. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 21.11.2013	18:00- 21:14 Uhr	Kulturfabrik, Dachetage, Domplatz 7, 15517 Fürstenwalde/Spree

#### Anwesenheit

##### Vorsitz

Elke Wagner,

##### Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler, Martin Gollmer, Käthe Radom entschuldigt, Gerold Sachse, Stephan Wende,

##### CDU-Fraktion

Wolfgang Petenati, Jürgen Teichmann (vor Ende der Sitzung gegangen),

##### SPD-Fraktion

Helga Bluschke, Klaus Runge,

##### FDP-Fraktion

Eberhard Henkel, Lothar Hoffrichter Vertretung für Herrn Lutz König (vor Ende der Sitzung gegangen), Petra Schumann,

##### Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz (vor Ende der Sitzung gegangen),

##### Sachkundige BürgerInnen

Gabriele Henschke, Jürgen Lüder, Susanne Rabe,

##### Gäste:

Schulleiterin der Spreeoberschule Frau Schädlich, Frau Daske, Frau Neitsch und Frau Brosinsky vom Behindertenbeirat, Frau Krüger vom Seniorenbeirat, Leiter der Kulturfabrik Herr Dr. Oehler, Leiter des Museums Herr Strohfelddt, Leiter der Niederlassung der Caritas Herr Thieme und Frau Schreiber für die MOZ

##### Verwaltung:

Fachbereichsleiter Bürgerdienste Herr Dr. Wetter, Gleichstellungsbeauftragte Frau Trilling, Fachgruppenleiter Kultur und Sport Herr Diedrich, Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung Herr Politz und Sachbearbeiterin Frau Schwagerick

##### Abwesend

##### FDP-Fraktion

Lutz König ,

##### Sachkundige BürgerInnen

Sebastian Bernhardt, Hans-Joachim Lachmann entschuldigt am 19.11.2013,

## **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet um 18.00 Uhr die 47. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen.

## **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Die ordnungsgemäße Ladung ist erfolgt. Es sind 13 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend.

## **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Auf Bitte der FDP-Fraktion wird die Beratung über die Aufteilung der Zuschüsse zur Förderung der Wohlfahrtspflege 2014 auf den TOP 6.3 vorgezogen. Somit verschieben sich die weiteren TOP um einen Platz nach hinten.

Die **Stadtverordneten** informieren, dass die Beratungsdrucksache 5/648, 1. Änderung zur Satzung über die Erhebung von Standgebühren auf dem von der Stadt Fürstenwalde/Spree veranstalteten Wochenmarkt (Wochenmarktgebührensatzung), im AIS nicht zugänglich war. Aus diesem Grund wird der TOP 6.6 auf die nächste Sitzung vertagt.

Die TO wird in der veränderten Fassung einstimmig angenommen.

**Zustimmung mit Änderung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

## **TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 46. Sitzung vom 17.10.2013**

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Fassung bestätigt.

**Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

## **TOP 5 Informationen der Vorsitzenden**

keine

## **TOP 6 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung**

### **TOP 6.1 Bestätigung des Sitzungsplanes 2014**

Die **Stadtverordneten** bestätigen den vorliegenden Sitzungsplan 2014. Es gibt keine Hinweise oder Änderungswünsche.

**Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 6.2 Vergabe des Preises für Soziales Engagement**

Die **FDP-Fraktion** schlägt das Projekt „Das Leben ist bunt“ der Spreeoberschule Fürstenwalde/Spree für den „Preis für soziales Engagement“ vor. (Die Erläuterungen zum Projekt liegen den Mitgliedern

des Ausschusses vor und sind der Niederschrift beigelegt.)

Die **Schulleiterin Frau Schädlich** erläutert das Projekt, das seit 2007 durchgeführt wird. Innerhalb einer Projektwoche, die außerhalb der normalen Schularbeit durchgeführt wird, werden ca. 25 Projekte mit vielen externen Projektleitern angeboten. Ziel ist die soziale, kommunikative und kulturelle Interaktion von Jugendlichen verschiedener sozialer Schichten und Nationen. In den altersübergreifenden Projekten sind nicht nur die Lehrer und Schüler der Spree Oberschule eingebunden sondern auch Schüler aus der Klassenstufe 9 der Erich Kästner-Schule und aus der Gerhard-Goßmann-Grundschule sowie Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit, die alle ein sehr großes soziales Engagement aufbringen.

Am Ende der Projektwoche werden die Ergebnisse gemeinsam präsentiert. Dies findet in der kommenden Woche, am Donnerstag den 28.11.2013, um 13.00 Uhr im Fürstenwalder Hof statt. Alle Interessierten sind gern dazu eingeladen.

Die **Vorsitzende** bittet über die Vergabe des Preises abzustimmen, worauf der **Abg. Teichmann** seine Befangenheit äußert, da sein Sohn Schulsozialarbeiter an der Spree Oberschule und mit den Vorbereitungen und Durchführung der Projektwoche eingebunden ist.

Die **stimmberechtigten Mitglieder** des Ausschusses stimmen dem Vorschlag der FDP-Fraktion einstimmig zu. Die Vergabe erfolgt in der Stadtverordnetenversammlung am 23.01.2014.

**Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1**

### **TOP 6.3 Beratung über die Aufteilung der Zuschüsse zur Förderung der Wohlfahrtspflege 2014**

**Hr. Dr. Wetter** leitet die seitens der Verwaltung gut vorbereitete Thematik ein und übergibt an den zuständigen Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung.

Die bereits in der letzten Sitzung zur Verfügung gestellte Power Point und die Übersicht Förderung nach Zielgruppen wurden ergänzt und stehen den Stadtverordneten in aktualisierter Form im AIS zur Verfügung. Zur Verfahrensweise heute schlägt **Hr. Politz** eine Fragerunde vor.

**Hr. Gollmer** stellt fest, dass die Kostenstruktur bezüglich der Versicherungen bei den einzelnen Trägern sehr unterschiedlich ist und vergleicht den Seniorenverein mit der Volkssolidarität. **Hr. Politz** erklärt, dass hierbei die Entwicklung des Geschäftsfeldes und Volumen des jeweiligen Vereins zu betrachten ist. Er wird dieses Thema im nächsten Jahr intensiver bei der Verwendungsnachweisprüfung betrachten.

Des Weiteren bemängelt der Abg. die lückenhafte Antragstellung der GefAS bezüglich Abschreibungen des Gebäudes.

Auf Nachfrage des **Abg. Sachse** zur Förderung des Hospizdienstes erklärt **Hr. Politz**, dass der LOS diesen ebenfalls fördert und somit keine Änderung der Bezuschussung gegenüber dem Vorjahr (1.000 €) erforderlich wird.

Die Wohlfahrtsrichtlinie sagt aus, dass Geschäftsführungs- und Regiekosten nur im Ausnahmefall anerkannt werden, worauf Hr. Politz mitteilt, dass einige Förderprogramme diesbezüglich Lücken aufweisen, die von der Verwaltung „gestopft“ werden. Eine generelle Anerkennung erfolgt nicht.

Der Abg. dankt Hr. Thieme für das aufschlussreiche Treffen bei der Caritas und möchte wissen, ob die von der Verwaltung vorgeschlagene Förderung für die Integrative aktive Begegnung (Näh) ausreichen wird. Er vermutet, dass auf Grund der Aufnahme der Asylbewerber in unserer Stadt, ein zusätzlicher Bedarf an Mobilitätstickets auf uns zukommen könnte, worauf Hr. Politz darauf hinweist, dass dieser über den Sozialhilfeträger gedeckt werden kann.

Zur Caritas erläutert er, dass einige Projekte/Dienste am Standort Eisenbahnstraße 16 weggefallen sind, die bislang mit dazu gedient haben, die Kosten für das Haus abzudecken. Die Verwaltung hat sich darauf geeinigt, den Anstieg im Eigenanteil zu halbieren und schlagen für 2014 eine Förderung von 14.000 € vor.

Auf Anfrage von **Fr. Wagner** zum aktuellen Sachstand bezüglich der Tuberkulosefälle im Asylbewerberheim in Eisenhüttenstadt teilt **Hr. Politz** mit, dass die Verwaltung ihre Infos ebenfalls aus der Presse bezogen hat. Für die Schaffung weiterer Plätze (evt. Quarantäne) ist der LOS zuständig. Er ist sich sicher, dass die bisher geschaffenen 32 Plätze bei der GefAS nicht ausreichen werden und Platz für die Aufnahme weiterer Asylbewerber geschaffen werden muss.

**Hr. Petenati** macht wie bereits im vorigen Jahr darauf aufmerksam, dass der Zuschuss für die Haltestelle zu gering ist und die Streichung einer Arbeitskraft zur Folge haben wird. Der LK hat den Schwerpunkt auf Beratung festgelegt, er bittet zu berücksichtigen, dass die Haltestelle für die Soziale Beratung in Fürstenwalde zuständig ist und die GefAS für Erkner.

Darauf entgegnet **Hr. Politz**: „Wenn der LK einen Schwerpunkt festlegt, muss er auch einen Schwerpunkt finanzieren! Die Verwaltung hat den Auftrag das zu finanzieren, wofür sie zuständig ist bzw. die tatsächlich Zuständigen auf ihre Verantwortung hinzuweisen. Der LK ist gefragt die Lücke zu schließen.“

Die **Vorsitzende** informiert die Anwesenden, dass die Haltestelle vom LK mit 35.000 € bezuschusst wird.

Die **Abg. Fiedler** beantragt Rederecht für Herrn Thieme. Die Mitglieder des Ausschusses stimmen dem zu.

**Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**Hr. Thieme** hat noch keine Informationen, in welcher Höhe der LK bezuschusst. Stand seines Wissens führen die Fachämter (Jugendamt und Job-Center) Gebietsgespräche mit den Haltestellen des LK (Haltestellenkonzept) durch, was einen sehr zähen Prozess darstellt. Schwierig gestaltet sich besonders die Akzeptanz der Verantwortlichkeit in den einzelnen Ressourcen, so **Hr. Politz**.

**Hr. Hoffrichter** merkt an, dass soziale Anlaufstellen konzentriert werden sollten, um den Bedürftigen lange Wege zu ersparen.

Der Abg. hat in seiner E-Mail vom 20.11.2013 (an die Vorsitzende und den Fachbereichsleiter Bürgerdienste) Unzulänglichkeiten in der Berechnungsgrundlage für Förderanträge der GefAS festgestellt. Darin führt er die Tafel, das Möbellager und die Begegnungsstätte auf und stellt anhand von Berechnungsbeispielen Fehlbeträge und Differenzen fest. Er geht davon aus, dass hier Einsparungspotenziale bestehen, worauf **Hr. Politz** darauf aufmerksam macht, dass ein Zuschuss, der 6.400 € geringer als die Höhe der Antragstellung ausfällt, Einsparungen bereits impliziert. Eingehende Prüfungen machen nur dort Sinn, wo auch eine Förderung geplant ist. Dies ist beispielsweise bei der Tafel nicht vorgesehen.

#### Antrag zur Geschäftsordnung

**Hr. Sachse** erinnert an die umfangreichen Diskussionen bei der Aufteilung der Zuschüsse für das Jahr 2013, bei denen gerade die GefAS ins Visier geraten war und beantragt die Debatte jetzt zu beenden. Er unterstellt Hr. Hoffrichter eine ungenügende Vorbereitung auf das Thema, worauf **Hr. Hoffrichter** bittet, die Äußerung zurückzunehmen.

Die **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, dass jede Fraktion zu einem Thema 15 Minuten Rederecht hat und diese vom Abg. Hoffrichter noch nicht ausgeschöpft worden sind. Da aber ein Antrag zur Geschäftsordnung vorliegt, bittet sie den Ausschuss darüber zu befinden.

**Zustimmung Ja 10 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0**

#### weitere Fragen zum TOP

Die GEBEWO Betreutes Wohnen in der Luise-Hensel-Straße wird seit einigen Jahren in gleicher Höhe

bezuschusst. **Fr. Wagner** merkt an, dass doch die Obdachlosenunterkunft seit Anfang des Jahres integriert ist, worauf **Hr. Politz** erklärt, dass die Stadt vom Eigentümer des Grundstücks und des Gebäudes jährlich Pachtzins erhält. Gleichzeitig ist vereinbart, dass der Eigentümer einen jährlichen Zuschuss von der Stadt erhält (die Hälfte des Pachtzinses). Dies ist gesondert vertraglich geregelt.

Im Nachhinein bittet **Hr. Hoffrichter** Hr. Sachse seine emotionale Äußerung „Feindschaft zur GeFAS...“ zurückzunehmen, worauf **Hr. Sachse** dies durch „Gegnerschaft“ ersetzt.

Der **Abg. Wende** weist darauf hin, dass gerade die Trägervielfalt in der Stadt erhalten bleiben sollte, worauf **Hr. Politz** zufügt, dass nicht um der Trägervielfalt Willen über den Bedarf hinaus Parallelangebote vorgehalten und somit ein Überangebot geschaffen werden sollte.

**Hr. Apitz** hinterfragt die Höhe der Verbrauchskosten (Versicherung und Telefon) beim Projekt Aufwind „Treffpunkt Domgasse“. Hier ist nicht nur der Treffpunkt, der mobile Bereich zu sehen, die Ausgaben beziehen sich auch auf das restliche Aufgabenspektrum, den ambulanten Bereich, so **Hr. Politz**.

Die Anerkennung von Geschäfts- und Regiekosten sind nicht ausgeschlossen und setzen eine Einzelfallprüfung voraus.

Auf Anfrage der **Vorsitzenden** zur Förderung des Gleichstellungsbeirates, teilt **Fr. Trilling** mit, dass „Gleichstellung“ in ihrem Fachbereich angegliedert ist.

**Fr. Wagner** formuliert das Votum des Ausschusses und bittet um Abstimmung.

Der Sozialausschuss befürwortet den Vorschlag über die Aufteilung der Zuschüsse zur Förderung der Wohlfahrtspflege und beauftragt die Verwaltung so zu verfahren und in den Haushalt 2014 einzubringen.

**Zustimmung Ja 8 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0**

#### **TOP 6.4 Auswertung des 20. Fürstenwalder Frühlingfestes und Vorstellung der Konzeption 21. Fürstenwalder Frühlingfest**

Zunächst bedankt sich der **Fachgruppenleiter Kultur und Sport** für die enge und gute Zusammenarbeit mit der Kulturfabrik (Kufa), angefangen von der Konzeption bis zur Umsetzung der Programmpunkte. Hilfreich war hierbei auch die Unterarbeitsgruppe Fürstenwalder Frühlingfest (FFF), die mit kritischem und positivem Feedback zur Seite stand.

##### Auswertung des 20.FFF

Das 20. FFF begann am Freitag um 14.00 Uhr. Die Caterer und Händler konnten ihre Waren anbieten jedoch blieb der Besucheransturm bis zum Beginn des Bühnenprogramms um 21.00 Uhr verhalten. Die günstigen Preise der Bierbrauerei zogen entsprechendes Klientel an, so dass es in den Abendstunden zu unschönen Vorkommnissen kam, die die Stimmung beeinflusst haben.

Der Samstag bot auf dem Markt, am Dom und im Bereich des Bischoffschlosses ein breit gefächertes Programm, das auf positive Resonanz stieß. Nicht zu vergessen das wieder einmal gut gelungene Kinderfest. Hier herzlichen Dank an alle Netzwerker. Großes Lob gab es auch für den Festumzug quer durch die Stadt, an dem ca. 950 Personen teilgenommen haben.

Das Bühnenprogramm am Sonntag musste auf Grund der starken Regengüsse abgesagt werden, da die hohe Feuchtigkeit schädlich für die Blasinstrumente war. Den Schaustellern und Caterern wurde freigestellt, ob sie bleiben oder abreisen wollen.

Abschließend vergleicht Hr. Diedrich die geplanten und die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben, im Ergebnis verringert sich der Zuschuss um 8.500 €.

Die Stadtverordneten haben keine Fragen zur Auswertung des 20. FFF.

#### Vorstellung der Konzeption 21. FFF vom 29.05. bis 31.05.2014

Der Einstieg erfolgt am Donnerstag (Himmelfahrt) mit einem Frühschoppen und Platzkonzert von 11.00 – 15.00 Uhr auf dem Marktplatz. Die Fürstenwalder Rathausbrauerei wird beauftragt für das leibliche Wohl zu sorgen.

Das 21. FFF steht unter dem Motto „Sportstadt Fürstenwalde“ und wird im Friesenstadion stattfinden. Die Schausteller werden auf dem Festplatz stehen. Gleichzeitig wird die Veranstaltung „Rock für den Wald“, die am Samstag gegenüber des Festplatzes stattfindet, in das Frühlingsfest eingebunden.

Am Freitag wird mit Unterstützung von Antenne Brandenburg ab 19.00 Uhr ein Bezahlkonzert mit Liveband im Friesenstadion organisiert (heute keine näheren Infos, da Vertrag noch nicht unterschrieben ist).

Die offizielle Eröffnung erfolgt am Samstagmittag mit dem Einzug von Spielmanns- und Fanfarenzügen ins Friesenstadion. Das Bühnenprogramm ist von 13.00 Uhr bis 24.00 Uhr mit Tanz und Musik in Richtung Country, Rock und Popp geplant.

Der Sonntag entfällt als Veranstaltungstag.

Die Fachgruppe hat mit 3.000 Besuchern kalkuliert, im Ergebnis wird ein Zuschuss in Höhe von voraussichtlich 26.800 € erforderlich.

Abschließend informiert Hr. Diedrich, dass anlässlich des FFF die Straße zwischen Kreisel und Friesenstadion (keine Anwohner) nach dem Gründer des FC Bayern München, in Franz-John-Allee, benannt werden soll.

Auf Anfrage des **Abg. Sachse** teilt **Hr. Diedrich** mit, dass das Kinderfest ebenfalls im Stadion integriert sein wird.

**Hr. Hoffrichter** fragt nach den Zufahrtsmöglichkeiten, worauf **Hr. Diedrich** mitteilt, dass es keine Zufahrt für Privatkraftfahrzeuge geben und das Parken in den Waldwegen sowie im Bereich Heide-land grundsätzlich untersagt wird. Die konsequente Durchsetzung erfolgt mit Hilfe der Security. Über den Busverkehr wird ein Shuttleservice organisiert und der vorhandene Fußweg zum Stadion wird wieder begehbar gemacht.

Die **Vorsitzende** bittet die **stimmberechtigten Mitglieder** des Ausschusses um eine Zustimmungserklärung für das vorgetragene Konzept zum 21. FFF.

**Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

#### **TOP 6.5 aktueller Sachstand Brauereimuseum (BE: Dr. Oehler)**

**Hr. Dr. Oehler** präsentiert und erläutert den aktuellen Sachstand zur Sammlung Fürstenwalder Brauereigeschichte (Brauereimuseum) im Rathauskeller (Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.).

Die offizielle Eröffnung ist erst nach Fertigstellung des 2. Fluchtweges möglich, schätzungsweise zum Ende des I. Quartals.

Die gesamte Ausstellungsarchitektur wird Anfang des nächsten Monats abgenommen. Danach wären der Einbau der Exponate und die Installation für die Bestückung der Vitrinen möglich.

Jedoch stehen vom Gestalter „Ecke-Design“, der durch die Stadt beauftragt wurde, die Zeitplanung für die Gestaltung der Vitrinen und für den Aufbau der Exponate aus. Das Konzept für audiovisuelle Präsentation und die Textinformationen liegen ebenfalls noch nicht vor. Hr. Dr. Oehler bittet die Verwaltung als Auftraggeber, den zeitlichen Druck zu erhöhen.

Abschließend lobt Hr. Dr. Oehler die gute Zusammenarbeit mit der Fachgruppe Kultur und Sport, die seit Übertragung des Nutzungsrechtes für die Räume des Brauereimuseums an die Kufa, ein zuverlässiger Partner ist. Die Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Stadtentwicklung gestaltet sich dahingehend schwieriger.

Im Anschluss der Präsentation erläutert der **Leiter der Kufa** auf Anfrage von **Hr. Sachse** das Verfahren zur Vermietung der Museumsräume.

Die **Abg. Fiedler** möchte wissen, warum die Wohnungswirtschaft GmbH für die Kellerräume zuständig ist, worauf der **Fachgruppenleiter Kultur und Sport** erklärt, dass die Verwaltung (Fachbereich Stadtentwicklung) nicht in der Lage ist, die vorhandene Technik (z. B. Klimaanlage, Wartung der Mess- und Regeltechnik) zu überwachen und man sich somit eines Dritten (Wowi) bedient.

**Hr. Wende** stellt fest, dass sich die Bauverzögerungen im und am Alten Rathaus bezüglich der Fertigstellung des Brauereimuseums im nachhinein positiv ausgewirkt haben.

Gleichzeitig informiert er die Anwesenden über den Sonderausschuss des Stadtentwicklungsausschusses am 17.12.2013. Thematisiert werden die Bauverzögerungen und Pannen beim Umbau des Alten Rathauses und der Sonnengrundschole und lädt die Kufa herzlich ein, auch ihre Mängel aufzuzeigen.

**Hr. Diedrich** ist der Meinung, dass die Bauverzögerungen keine positiven Auswirkungen haben, denn wenn das Museum und die Brauerei gleichzeitig fertig gestellt geworden wären, würden die Probleme die jetzt im Raum stehen, gar nicht bestehen.

Abschließend fragt **Hr. Lüder** an, ob es eine Kooperationsvereinbarung zur Fürstenwalder Brauerei „Mord“ gibt, worauf **Hr. Strohfeldt** versichert, dass es keine Konkurrenz zur Familie Mord geben wird, sondern Synergien genutzt werden.

Die **Vorsitzende** bittet den aktuellen Sachstand zur Vermarktungsproblematik mit dem Gestalter „Ecke-Design“ den Stadtverordneten mitzuteilen. **Hr. Dr. Wetter** wird den Auftrag an den zuständigen Fachbereich Stadtentwicklung übergeben.

## **TOP 7 Informationen der Verwaltung**

Keine

## **TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses**

**Hr. Lüder** hat aus gesundheitlichen Gründen dem Ausschuss eine längere Zeit nicht beiwohnen können. Er bittet kurz um aktuelle Informationen zum Thema: Erweiterung der Hortplätze in Fürstenwalde-Süd (Standort).

**Hr. Politz** fasst zusammen, dass es zum einen um die Befriedigung des Hortbedarfs geht, der räumlich an die entsprechende Grundschule gebunden ist. Zeitgleich bot ein freier Anbieter (ohne Ausschreibungsverfahren) der Verwaltung die Immobilie im Tränkeweg an, die auf Eignung geprüft wurde. Der Eigentümer wäre bereit und in der Lage gewesen, die notwendigen Bedingungen herzustellen. Der Standort hat zum einen nicht den Anforderungen einer Kita entsprochen und zum anderen wurde er von der Elternschaft mehrheitlich abgelehnt.

Die **Anwesenden** sind sich einig und verweisen auf die ausgiebig geführten Diskussionen.

**Hr. Wende** berichtet vom nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 19.11.2013, in dem die Stadtverordneten einem Grundstücksvorschlag für die Errichtung einer privaten Kita im Bereich „Ketschendorfer Feldmark“ (B-Plan) zustimmen sollten. Der Ausschuss sah sich dazu nicht in der Lage, ihm fehlte hier, das bereits in der Stadtverordnetenversammlung geforderte städtebauliche Konzept für die Entwicklung der Region.

Deshalb hat der **Stadtentwicklungsausschuss** gebeten, heute über die Planungen zu informieren, dass sich die Ausschussmitglieder eine Meinung bilden können. Die Fragen hat der Abg. in einer E-Mail zusammengestellt und heute um 10:34 Uhr an die Verwaltung gerichtet.

Der **Fachbereichsleiter Bürgerdienste** weist darauf hin, dass einige Fragen um die Vertraulichkeit zu wahren, im nichtöffentlichen Teil zu beantworten sind. Die **Anwesenden** nehmen dies zur Kenntnis.

**Hr. Politz** weist zunächst die Behauptung, dass die Verwaltung ihre Aufgaben nicht macht und keine Informationen liefert, vehement zurück. Die Öffentlichkeit wurde über die Bedarfszahlen und das Bedarfsspektrum im Krippen- und Kitabereich informiert. Die Notwendigkeit der Anwesenheit des Fachbereichs Bürgerdienste im Stadtentwicklungsausschuss bestand aus seiner Sicht nicht.

Zur Frage, welche Strategie die Verwaltung verfolgt, um die notwendigen Kita- und Hortplätze in Süd zu schaffen, weist Hr. Politz darauf hin, dass Hortplätze generell in der Nähe von Grundschulen zu schaffen sind. Da der Bedarf für die Gerhard-Goßmann-Grundschule nicht gedeckt ist, besteht hier Handlungsbedarf, der durch die Verwaltung sowohl quantitativ als auch zeitlich hinreichend expliziert wurde.

Die Versorgung mit Krippen- und Kindergartenplätzen ist dagegen nicht stadtteilbezogen sondern gesamtstädtisch zu betrachten. Bedarfsschwerpunkte lassen sich so kleinräumig nicht spezifizieren und unterliegen u. a. auf Grund der Wanderungsbewegungen und der demografischen Veränderungen einem ständigen Wandel. Ferner sind die bestehenden Wegebeziehungen und die Verteilung der Betreuungsangebote im Stadtgebiet durchaus zumutbar und ausgewogen. Auch die Kitabedarfsplanung geht nicht auf kleinräumigere Aussagen ein.

Des Weiteren hat die Fraktion DIE LINKE den Eindruck, dass Hortplätze kommunal geschaffen werden und auf privatem Wege die notwendigen Kita-Plätze. Worauf der Fachgruppenleiter darauf hinweist, dass bei der Begrifflichkeit Kita die Horte mit inbegriffen sind. Er erinnert ferner an einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen, in der der Bürgermeister erklärt hat, dass die Verwaltung dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet ist und die Trägervielfalt in der Stadt gefördert wird (z. B. Hawle-Betriebskita in der jüngsten Vergangenheit). Folgerichtig befindet sich daher die Mehrzahl der Betreuungsangebote in Fürstenwalde in freier bzw. privater Trägerschaft. Mit dem Trägerpluralismus soll der konzeptionelle Pluralismus gewährleistet werden.

Die Kommune sollte einen gewissen Bestand an Plätzen vorhalten, um einerseits über signifikante Vergleichsdaten und andererseits über direkte Steuerungsmöglichkeiten im Bedarfsfall zu verfügen. Aus diesen Gründen ist auch eine weitere Übergabe von Einrichtungen an freie Träger weder sinnvoll noch vorgesehen. Die Stadt entscheidet jedoch nicht, ob oder wo ein privater Träger eine Kita errichtet, ausbaut oder gegebenenfalls schließt. Das sei ausschließlich Sache des Investors. Die Entscheidungshoheit zur Erteilung der Betriebserlaubnis liegt ausschließlich beim Landesjugendamt und für die Aufnahme in den Bedarfsplan beim Jugendamt des Landkreises. Allein aus diesen Tatsachen dürfte auch die Entwicklung einer Gesamtkonzeption für die Stadt sich mehr als schwierig gestalten.

An dieser Stelle soll nicht erneut auf die objektiv vorhandenen Probleme bei der Bedarfsermittlung eingegangen werden, die aus der Sicht des Landkreises, als für die Planung zuständigen örtlichen Trägers, für sich selbst ebenfalls als relevant betrachtet werden. Im Hauptausschuss sowie im Fachausschuss wurde der aktuelle Mindestmehrbedarf im Krippen- und Kindergartenbereich hergeleitet und dargestellt. Danach sind für eine bedarfsgerechte Versorgung kurz- und mittelfristig 150 Plätze neu zu schaffen. Nach den bekannten Fakten wird diese Bedarfslücke die Erweiterung der Kita „Schmusebacke“, die Erweiterungen in der Tagespflege, den Neubau eines privaten Trägers (n. ö. T.), die Öffnung der Kita der Rahn-Schule und die Kleinen Waldfürsten e. V. geschlossen.

Die Kita „Schmusebacke“ steht somit im Bedarf. Sie hat derzeit eine Kapazität von 51 Plätzen. In den 2 Häusern in der Gersdorfstraße und nach Fertigstellung des Neubaus werden insgesamt 101 Plätze zur Verfügung stehen, für die schon heute die Reservierungen vorliegen. Ein Gebäude in der Gersdorfstraße kann sofort nach Fertigstellung des Neubaus aufgegeben werden, das andere erst nach vier Jahren. Im Bestand bleiben 72 Plätze erhalten.

Für den Neubau stehen 3 Standorte in der Diskussion, 2 sind mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Nun will die Verwaltung den privaten Träger unterstützen und Planungsrecht für den übrig gebliebenen Standort schaffen, der eine günstige Variante auch in Beziehung zum geplanten Hortneubau darstellt. Um mehr geht es nicht und kann es nicht gehen!

Die Fragen nach dem Konzept, dem Personal und der Entlohnung können nicht beantwortet werden, da es Angelegenheiten des privaten Trägers selbst sind (Trägerhoheit), die aber größtenteils vom Landesjugendamt als notwendige Bedingungen für die Betriebserlaubnis geprüft werden. Dies betrifft auch den gesetzlich vorgeschriebenen Kita-Ausschuss. Die Stadt hat hier keinerlei Einflussmöglichkeit oder Mitsprache. Diesbezügliche Fragen oder Forderungen verkennen vollständig die reale Situation. Zum Konzept der Kita „Schmusebacke“ teilt deshalb Hr. Politz auch mit, dass die Vorlage bei der Verwaltung nicht notwendig ist, sollte jedoch der Wunsch seitens des Ausschusses



bestehen, könnte Familie Krause gebeten werden, dies vorzustellen.

Abschließend macht der Fachgruppenleiter darauf aufmerksam, dass all diese Fragen bereits beantwortet waren und er heute keine neuen Informationen zur Verfügung stellen musste. Für weitere Fragen steht er immer wieder gern zur Verfügung.

Der **Abg. Wende** erinnert an die Stadtverordnetenversammlung, in der der Bürgermeister die Entscheidung haben wollte, ob mit dem Standort im Tränkeweg weiter verhandelt werden soll oder ob es sinnvoll wäre, dass die Verwaltung auf kommunalem Wege prüft und beschreitet, worauf sich die Mehrheit für den kommunalen Weg ausgesprochen hat.

Er ist der Meinung, wenn all diese Informationen bereits am Dienstag im Stadtentwicklungsausschuss erteilt worden wären, würde heute bereits das Votum für den Standort der „Schmusebacke“ vorliegen.

**Hr. Politz** betont ausdrücklich, dass zu unterscheiden ist, ob ein freier Träger sich um eine bestehende Einrichtung bei der Stadt bewirbt oder ob ein privater Träger auf eigenem Grund und Boden ein Gebäude errichten will. Er ist der Meinung, dass der Stadtentwicklungsausschuss über den Standort der Kita, die im Bedarf steht, hätte befinden können.

Der **Abg. Sachse** hinterfragt die Entwicklungsperspektive der Kita „Schmusebacke“, worauf **Hr. Politz** nochmals bestätigt, dass 72 Plätze bestehen bleiben. Die Kapazität von 101 Plätzen besteht nur übergangsweise und hat finanzierungstechnische Hintergründe. Überkapazitäten entstehen im derzeit beurteilbaren Zeitraum nicht.

Der Fachgruppenleiter geht wiederholt auf die Thematik der schwierigen Erfassung der tatsächlichen Bedarfszahlen, die auf Schätzungen und verallgemeinerten Annahmen beruhen. Er verbindet mit der Anschaffung des Online-Portals (z. B. „Little Bird“) die Hoffnung, dass die Inanspruchnahme der Angebote und die Entwicklung der Bedarfszahlen transparenter werden und auch dem Landkreis für die Kitabedarfsplanung nutzen.

**Hr. Sachse** hat heute der GefAS einen Besuch abgestattet und festgestellt, dass die meisten Asylbewerber junge, alleinstehende Männer sind und bittet daher die Verwaltung zu prüfen, ob es möglich ist, sportliche Betätigungen zu unterstützen (z. B. Dauerkarten für Schwapp). **Hr. Dr. Wetter** nimmt die Bitte auf und wird dies mit der Verwaltungsführung beraten.

Ergänzend zum Thema informiert **Hr. Politz**, dass Hr. Hengst gebeten wird, in der nächsten Sitzung beim Landrat darauf hinzuweisen, dass unbedingt die sozialarbeiterische Betreuung zu sichern ist. Hauptverantwortlich für die Flüchtlinge ist der Landkreis, die Stadt wird jedoch unterstützend tätig sein.

**Hr. Politz** holt noch eine Info der Verwaltung bezüglich der Richtlinie zur Wohlfahrtspflege nach. Er schlägt dem Gremium vor, bei der Verteilung der Zuschüsse auf die Stellungnahme der Kleinen Liga künftig zu verzichten und sich auf die Entscheidungen des Fachausschusses zu beschränken. **Fr. Wagner** erklärt, dass dies schon immer mehrheitlich die Meinung des Gremiums gewesen ist.

Die Richtlinie zur Wohlfahrtspflege wird überarbeitet und den Stadtverordneten zur Empfehlung für die Stadtverordnetenversammlung vorgelegt.

## **TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Die **Vorsitzende** beendet um 21.14 Uhr den öffentlichen Teil der 47. Sitzung und bittet die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst 9 Seiten und es sind zwei Anlagen beigelegt.

Elke Wagner

Elke Stein

---

Vorsitzende

---

Schriftführerin